

Seitungspreis:
Hietzjährlich
durch Posten 3,30 M.
Bei den Postanstalten
(einschl. Bestellgeld)
3 M. 27 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Bad Gms.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Lahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Amthlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen
Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Reklamzeile 90 Pf.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Gms, Römische Str. 9.
Fernsprecher Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Paul Lange, Bad Gms

Nr. 148

Bad Gms, Donnerstag den 3. Juli 1919

71 Jahrgang

Zum Friedensschluß

Rotterdam, 30. Juni. Aus Paris wird berichtet, daß die Verhandlungsparlamentare den Friedensvertrag schon am kommenden Sonntag ratifizieren werden. Clemenceau hat den Wortlaut am gestrigen Montag der Kammer vorgelegt.

Berlin, 1. Juli. Der Verband hat sich bereit erklärt, die Blockade sofort nach der Ratifizierung des Friedensvertrages seitens der Nationalversammlung aufzuheben, ohne auf die Ratifizierung des Friedensvertrages durch die anderen Mächte zu warten. Da Deutschland hohen Wert auf die Aufhebung der Blockade legt, beschließt sich die Reichsregierung gegenwärtig mit dem Gedanken, den Friedensvertrag sobald als möglich durch die Nationalversammlung annehmen zu lassen, damit die Ratifizierung des Vertrages seitens der deutschen Regierung bald erfolgen kann. Nach dem preussischen Rechte muß vorher, da es sich um Abtretung preussischen Gebietes handelt, auch die Zustimmung der preussischen Landesversammlung eingeholt werden. Die Annahme des Vertrages durch die beiden Parlamente soll noch vor der parlamentarischen Sommerpause erfolgen.

Genf, 30. Juni. Nach Blättermeldungen aus Washington hat der Senat die Vorschläge Wilsons, obgleich sie die offizielle Ankündigung des Friedens ist, ohne jede Randgebund angenommen. Senator Hitchcock hat erklärt, daß der Senat wahrscheinlich den Friedensvertrag mit 80 gegen 60 Stimmen ratifizieren wird, da 46 Demokraten und 34 Republikaner für die Ratifikation sind.

London, 1. Juli. In offiziellen Kreisen ist man der Ansicht, daß alle militärischen Maßnahmen gegen Deutschland einschließlich der Blockade bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages durch alle Mächte in Kraft bleiben.

Rotterdam, 30. Juni. Die Antwort des Verbandes auf das Anerbieten v. Bethmann Hollwegs, sich für den Kaiser den Verbündeten zur Verfügung zu stellen, wird ablehnend beschieden werden. Der Verband ließ erklären, daß außer dem Kaiser auch von Bethmann Hollweg zu denjenigen deutschen Persönlichkeiten gehöre, deren Auslieferung oder Vorgerichtstellung verlangt würde.

Bauer über die nächsten Aufgaben.

21. Berlin, 1. Juli. Ministerpräsident Bauer machte einem Redaktionsmitgliede der Deutschen Allgemeinen Zeitung Mitteilung über die politische Auffassung und das Programm der Regierung. Er sagte u. a.: Um den enormen Friedensverpflichtungen nachkommen zu können, wird in Zukunft die Bedeutung des Staates so übermächtig sein müssen, daß jeder in erster Linie arbeiten muß, um den Staat lebenskräftig zu erhalten und in zweiter Linie erst, um seine persönliche Lage zu verbessern, denn das zweite wird schließlich nur möglich sein, wenn wir die erste Aufgabe, die Erhaltung des Staates, erfüllt haben. Die einzigen Streiks müssen aufhören. Als oberstes Gesetz soll gelten: Der Staat hat Anspruch auf die Arbeitsleistung jedes einzelnen Staatsangehörigen und ist berechtigt, ihn nach jeder Richtung hin durchzusetzen.

Erklärungen des Ministers Vell.

Berlin, 1. Juli. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt halbamtlich: Zu einer gestern mitgeteilten Unterredung der Reichsminister Hermann Müller und Dr. Vell mit einem Vertreter der United Press sei bemerkt, daß eine Unterredung mit dem Reichsminister Hermann Müller nicht stattgefunden hat. Dem Reichsminister Dr. Vell sind von dem Vertreter der amerikanischen Agentur folgende Fragen vorgelegt worden: 1. Wird Deutschland, nachdem die Unterzeichnung des Friedensvertrages ohne jeden Vorbehalt erfolgt ist, ihn erfüllen? 2. Wird Deutschland den Kaiser und die hohen Offiziere ausliefern? 3. Was wird Deutschland gegenüber Polen tun? — Der Reichsminister Dr. Vell hat die Fragen wie folgt beantwortet: Was wir unterzeichnen, wollen wir halten. Das deutsche Volk wird alles versuchen, um die Friedensbedingungen zu erfüllen. Wir glauben, daß der Verband in seinem eigenen Interesse finden wird, daß es nötig sei, diejenigen Friedensbedingungen abzuändern, von denen er selbst erkennen wird, daß es unmöglich sei, sie zu erfüllen. Wir glauben, daß der Verband nicht auf der Auslieferung des Kaisers und der hohen Offiziere bestehen wird. Die Reichsregierung wird in keiner Weise einen Krieg gegen Polen unterstützen.

Der Rat der Zehn.

Paris, 30. Juni. Der „Temps“ meldet, daß der Rat der Zehn, der sich neubilden wird, wie folgt zusammengesetzt sein wird: Frankreich: Pichon und Clemenceau. Amerika: Lansing und Oberst House. England: Balfour und Lord Milner oder Bonar Law. Italien: Tittoni und wahrscheinlich Marconi. Japan: Matsuno und Chinda.

Die Rheinlande.

Paris, 28. Juni. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz, Clemenceau, richtete heute die folgende Note an den Gesandten von Daniel:

Paris, 27. Juni. Herr Vorsitzender! Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Delegation bezüglich des Abkommens über die Rheinlande vom 27. Juni geprüft. Sie nehmen davon Notiz, daß die deutsche Delegation die Vollmacht zur Unterzeichnung dieses Abkommens am festgesetzten Datum erhalten wird. Sie haben nichts dagegen einzubringen, daß nach der Unterzeichnung Verhandlungen angebahnt werden, um zum Besten der Interessen der verschiedenen Teile eine Anzahl Fragen zu regeln, welche von der deutschen Delegation aufgeworfen werden können.

Spartakus im Reich.

Bielefeld, 30. Juni. Zu schweren Ausschreitungen, die mehrere Menschenleben forderten, ist es Montag im Anschluß an die Lebensmittelanruhen vom vorigen Samstag gekommen. Von den Demonstranten war eine Volksversammlung zu Abstimmungszwecken unter freiem Himmel einberufen worden, die von dem hier eingetroffenen Reichskommissar Severing verboten wurde. Dieses Verbot wurde nicht beachtet. Die Menge stürmte vielmehr gegen einen auf dem Plage stehenden Feuerwehrturm an, um sich des dort befindlichen Maschinengewehrs zu bemächtigen. Darauf wurden von dem auf dem Turm postierten Sicherheitsmann zwei Handgranaten in die Menge geworfen, durch die etwa 15 Personen verletzt wurden, darunter sechs schwer. Zwei von ihnen sind ihren Verwundungen erlegen. Gleichzeitig erging der Volksmenge die Freigabe zweier am Sonntag verhafteter Mädelisführer. Sodann wurde die Sicherheitswehr im Rathaus entwaffnet und dieses besetzt. Weiter wurde die zurzeit leerstehende Kaserne in Besitz genommen, wo man sich zahlreicher Gewehre und großer Munitionsmengen bemächtigte. Schließlich besetzte die inwischen stark angewachsene Menge den Bahnhof. Eine Anzahl Paketen wurde gezwungen, den Betrieb einzustellen. Reichskommissar Severing hat Regierungstruppen aus Detmold zu Hilfe gerufen. (Diese sind bereits eintreffen. D. Red.)

Der Eisenbahnstreik.

Berlin, 30. Juni. Bei der Befragung des Verschiebeparkes Lichtenberg durch ein Kommando der Reichswehrtruppen wurden mehrere Waggons mit Pferden, Ochsen und Kleinvieh vorgefunden, die anscheinend schon längere Zeit dort gestanden hatten, ohne daß sich jemand um die Tiere gekümmert hätte. Eine Anzahl Tiere war bereits verendet, andere konnten nur durch Rückschlachtung der Allgemeinheit aus der Gefahr gemacht werden. Dem schnellen Eingreifen der Soldaten gelang es, die übrigen Tiere vor dem völligen Verdursten zu retten. Leider ist dieser Vorfall, eine Folge des Eisenbahnstreiks, nicht der einzige seiner Art.

Trotz der Zusicherung aller Organisationsleiter, nach der Aufhebung des Streikverbots für Eisenbahner werde die Arbeit wieder aufgenommen werden, dauert die Arbeitsniederlegung an, und wilde Streikposten halten die zur Arbeit kommenden von der Aufnahme ihrer Tätigkeit ab. Die allgemeinen Interessen werden in freiwilliger Weise von diesen wilden Streikenden außer Acht gelassen. Es wird also Pflicht der Regierung sein, dafür Sorge zu tragen, daß unabsehbares Unheil von der Berliner Bevölkerung abgewendet wird. Da die Anordnungen der Organisationsleiter keine Beachtung finden, ist angeordnet worden, daß jedem Versuch, den Eisenbahnverkehr wieder zu unterbinden und durch Terrorismus die Arbeitsaufnahme zu verhindern, mit größtem Nachdruck entgegengetreten wird.

Der Streik in Berlin.

Berlin, 2. Juli. In der Berliner Streiklage ist, im Laufe des Dienstags keine Änderung eingetreten. Die Angehörigen der Dienstkräfte sind seit heute im Streik, und Berlin ist dadurch seines letzten öffentlichen Verkehrsmittels beraubt. An verschiedenen Stellen der Stadt ist es zu groben Ausschreitungen gekommen. Besonders im Norden und Osten rotteten sich Menschenmengen zusammen, darunter viele Streikende und Halbwüchsige. Sie hielten die Wagen an und griffen die Fahrgäste tätlich an. Aus Reutlingen wird gemeldet, daß von den Streikenden Fuhrwerke angehalten und die Insassen ausgeplündert worden sind.

Berlin, 2. Juli. Nachdem alle Versuche, zu einer Einigung zu gelangen, scheiterten, ist vorläufig an die Annahme neuer Verhandlungen nicht zu denken. Auf dem gleichen Standpunkt steht die Reichs- und Staatsregierung sowie die Stadt Berlin.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Konstantinopel, 1. Juni. General Arsmomarov, der Führer der gegen die Bolschewiki kämpfenden Südarmerie, sendet folgenden Drahtbericht: „Die 9. und 10. Bolschewikarmee sind vollständig aufgerieben. Wir haben 35 000 Gefangene gemacht, 11 Panzerzüge, 350 Kanonen und 50 000 Gewehre erbeutet.“

Deutschland.

Der demokratische Parteitag. Der Parteitag der Demokratischen Partei wird vom 19. bis 22. Juli in

Berlin in der Philharmonie stattfinden. Ueber die deutsche demokratische Partei und den Frieden wird voraussichtlich Reichsminister a. D. Graf Brockdorff-Rongau berichten.

D Gegen die Sozialisierung des Bodens. Der Schutzverband für deutschen Grundbesitz (e. V.) hatte nach Berlin eine Versammlung einberufen, um Stellung zu nehmen zu den verschiedenen behördlichen Maßnahmen, die das Privateigentum am Grundbesitz zu beseitigen drohen. Er erhebt den entschiedensten Einspruch gegen alle Versuche, den Boden entweder unmittelbar oder auf dem Wege der Unterhöhlung durch übertriebene Besteuerung oder Vernichtung wertvoller Eigenschaften und Zugehör in die öffentliche Hand überzuführen.

D Die Neueinteilung einiger Provinzen ist durch den Friedensvertrag notwendig geworden. Geplant ist die uns verbleibenden Teile der Provinz Posen zu Brandenburg, der Provinz Westpreußen zu Pommern zu schlagen.

Die Kriegaanleihen.

D Bevorstehende Bildung der Aufnahme-Gruppe für Kriegaanleihe? Die namentlich seit der Beendigung des Krieges von den maßgebenden Regierungsstellen betriebene Bildung einer Aufnahme-Gruppe für die Kriegaanleihe ist, wie von unterrichteter Seite behauptet wird, in neuester Zeit weit fortgeschritten. Dieser zur errichtenden Kriegaanleihe-Gruppe sollen alle neuemswerten Banken, Bankgeschäfte, Bankiers und sonstigen das Bankgeschäft gewerbsmäßig betreibenden Unternehmer Deutschlands angehören; für denkbar umfangreichste Regelung des Preises der Kriegaanleihe soll gesorgt werden. Man will sich auf sehr hohe Summen einstellen. Wie ferner verlautet, allerdings noch nicht bestätigt ist, wird die Regierung der Bankwelt bei der Bildung dieser Gruppe sehr weit entgegen kommen. Man will namentlich vorsehen, daß die Bankwelt von einem etwaigen Verlust, der aus diesem Geschäft entstehen könnte, nur 10 Prozent zu zahlen hat, während die Reichsbank bzw. das Reich 90 Prozent übernimmt. Andererseits soll an einem etwaigen Gewinn die Bankwelt mit der Hälfte, die Reichsbank bzw. das Reich mit der anderen Hälfte beteiligt sein.

Die Steuervorlagen.

Der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegaabgabe für das Rechnungsjahr 1919 will die Erhebung einer Kriegaabgabe von dem vornehmlich im Jahre 1918 erzielten Mehreinkommen der Einzelpersonen und von dem im fünften Kriegsgesetzsjahre erzielten Mehreinkommen der Gesellschaften vorsehen. Dementsprechend gerfällt der Gesetzentwurf in zwei Hauptteile: erstens in die Abgabepflicht der Einzelpersonen und zweitens in die Abgabepflicht der Gesellschaften. Als Mehreinkommen gilt der Unterschied zwischen dem Friedens-einkommen und dem Kriegseinkommen. Abgabepflichtig ist bei Einzelpersonen nur der den Betrag von 3000 Mark übersteigende Teil des Mehreinkommens. Die Abgabe soll nach dem Entwurf betragen für die ersten 10 000 Mark des abgabepflichtigen Mehreinkommens 5 Proz., für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 Mark 10 Proz. Die Abgabe steigt sich dann auf 20, 30 und 40 Proz. und erreicht für Beträge über 100 000 Mark 50 Proz. Für inländische Gesellschaften sind die Sätze besonders schärf. Hier ist vorgesehen eine Abgabe von 80 Proz. des Mehreinkommens. Der Abgabebefehl kann sich aber in bestimmten Fällen ermäßigen. Auch für ausländische Gesellschaften ist ein Abgabebefehl von 80 Proz. des Mehreinkommens vorgesehen. Auch hier sind Ermäßigungen vorgesehen.

Entwurf eines Tabaksteuergesetzes: In der amtlichen Erklärung wird ausgeführt: Der Entwurf eines Tabaksteuergesetzes, der jetzt der Nationalversammlung vorgelegt wird, sieht eine neuerliche Belastung der Tabakerzeugnisse vor, obwohl bereits während des Krieges eine solche durch das Gesetz vom 12. Juni 1916 über Erhöhung der Tabakabgaben eingetreten ist. Im vorübergehenden Entwurf ist eine völlige Neugestaltung der Tabakbesteuerung in der Richtung vorgesehen, daß von allen Tabakerzeugnissen eine nach ihren Kleinverkaufspreisen abgestufte Verbrauchsabgabe unter Verwendung von Steuerzeichen erhoben werden soll. Die Besteuerung des inländischen Rohtabaks soll unter Aufhebung des Wertzuschlages lediglich ein Gewichtszoll in der Höhe erhoben werden, wie es zum Schutze des heimischen Tabakbaues notwendig ist. Dieser Schutz Zoll ist auf 130 Mark für einen Doppelpackentner bemessen und stellt eine erhebliche Erhöhung des bisherigen Zollsatzes für den inländischen Tabak dar. Die Zollsätze für Tabakrippen und Tabakflangen sollen mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Hersteller von Rauchtabak und Pantabak auf 50 Mark und 80 Mark ermäßigt werden. Bei den fertigen Tabakerzeugnissen soll der Eingangszoll für feingeschnittene Rauchtabak und Zigaretten auf 4500 Mark, für andere Rauchtabak auf 1500 Mark und für Zigaretten auf 2000 Mark

erhöht werden. Neben dem Eingangszoll sollen diese Erzeugnisse die Verbrauchsabgabe in gleicher Weise wie die im Inlande hergestellten Tabakerzeugnisse zu entrichten haben.

Die Verbrauchsabgabefür Zigarren sind für die billigeren Zigarren niedriger bemessen und steigen mit der Höhe der Kleinverkaufspreise verhältnismäßig an; sie bewegen sich in 22 Abstufungen zwischen 8 Mark für 1000 Stück und 500 Mark für 1000 Stück. Der Satz von 8 Mark für 1000 Stück trifft Zigarren, deren Kleinverkaufspreis 8 Pfennig oder weniger für das Stück beträgt, der Satz von 500 Mark für 1000 Stück soll Zigarren treffen, deren Kleinverkaufspreis mehr als 1,20 Mark für das Stück beträgt. Beläuft sich der Preis auf 1,20 Mark, so beträgt die Abgabe 300 Mark für 1000 Stück oder 31,6 v. H. des Kleinverkaufspreises, während bei den Zigarren, die mit 8 Pfennig verkauft werden, der Abgabesatz sich auf 10 v. H. des Kleinverkaufspreises berechnet. Die Herstellung der billigeren Zigarren ist außerdem durch den Wegfall der Steuer für inländischen Rohstoff erleichtert.

Bei den Zigaretten soll der durch das Gesetz vom 12. Juni 1916 eingeführte Kriegsaufschlag mit der Zigarettensteuer vereinigt werden und darüber hinaus eine Abgabenerhöhung um etwa 8 v. H. der Kleinverkaufspreise eintreten. Die Abgabefür Zigaretten bewegen sich in 11 Abstufungen zwischen 10 Mark für 1000 Stück (bei Zigaretten bis zu 3 Pfennig das Stück) und 140 Mark für 1000 Stück (bei Zigaretten von über 25 Pfennig das Stück). Für Zigaretten und Zigaretten sind feste Preise! lassen vorgesehen, um einem ungesunden Wettbewerb im Kleinhandel vorzubeugen.

Für feingehackten Rauchtobak bewegen sich die Steuerhöhen zwischen 3 Mark für 1 Kilogramm und 30 Mark für 1 Kilogramm, und zwar kommt der niedrigste Satz bei einem Kleinverkaufspreis bis zu 10 Mark das Kilogramm und der höchste Satz bei einem Kleinverkaufspreis von über 80 Mark das Kilogramm zur Anwendung. Die Steuerhöhen für Pfeifentobak (grob geschmittenen Rauchtobak) sollen sich zwischen 1—9 Mark für das Kilogramm bewegen. Rauchtobak und Schnupftobak sollen in 6 bzw. 7 Abstufungen mit 20 v. H. des Kleinverkaufspreises belastet werden. Für Zigarettenpapier, mit Ausnahme des zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten, beträgt die Steuer 10 Mark für 1000 Zigarettenhüllen.

Der Wohnungsmangel.

— Zwangseinnichtung und Zuzugsverbot in Saarbrücken. 26. Juni. Die hiesige Stadtverwaltung hat die vom Staatskommissar für das Wohnungswesen erteilten Ermächtigungen jetzt erhalten. Das Wohnungswesen kann mit Hilfe des Mieteinigungsamtes nicht nur unbenuzte, sondern auch benutzte, aber übergrößen Wohnräume, desgleichen Fabrik-, Lager-, Geschäftsz., Dienst- und Garträume beschlagnahmen. Der Zuzug von auswärtigen bezw. die Vermietung an von auswärtigen Zuziehende ist bis zum 15. Januar 1920 an die Genehmigung des Mieteinigungsamtes gebunden. Zwischenzeitlich hat eine große Wohnungsbauverwaltung eingeleitet. Wohnräume, Fabriken, Lagerräume, Werkstätten usw., deren Wohngelegenheiten nicht vollkommen ausgenutzt sind, können beschlagnahmt werden. Personen von auswärtigen können nur mit Genehmigung des Mieteinigungsamtes eine Wohnung in der hiesigen Stadt in Benutzung nehmen. Für die kommenden Wochen nimmt das Mieteinigungsamt keine Kündigungen von Wohnungen mehr an.

Rumänien.

Peter Carp †. In Triebau ist, wie jetzt erst bekannt wird, der rumänische Staatsmann Carp am 22. Juni im Alter von 82 Jahren gestorben. Er war am 29. Juni 1837 in Jassy geboren worden und hegte stets Sympathie für Deutschland.

Das Forthaus im Teufelsgrund.

Detektiv-Roman von F. Eduard Kögler.

Das Kaisermandat war zu Ende. Die Nihilisten in Verbindung mit den Anarchisten hatten nur diesen einen Schlag vorbereitet und da er vereitelt war, konnte kein neuer mehr in Szene gesetzt werden. Der Bar begab sich, nachdem der letzte Kanonenschuß im Mandatverfalle gefallen war, nach Darmstadt, um einige Tage nach Gast des Großherzogs, seines Schwagers, zu sein. Die Barin hatte glücklicherweise die Situation in der griechischen Kapelle gar nicht so eindringlich erfasst, um die wirklich große Gefahr, in der sie geschwebt hatte, zu begreifen. Sie empfand vielmehr das wohlthuende Gefühl, daß sie von getreuen Untertanen außerordentlich gut bewacht sei und dadurch gewissermaßen ein Gefühl der Sicherheit, das auf ihre Nerven außerordentlich wohlthuend wirkte.

In der kleinen stillen Residenz Darmstadt hatte Breitshwert keine allzu schwere Aufgabe, denn der Ab- und Zugang von Fremden ist leicht zu kontrollieren und der Schutz einer Fürstlichkeit ohne besondere Mühe durchzuführen. Ganz anders war es mit dem eigenen Schutz.

Jetzt, wo die Aufregung der letzten Tage, die ungeheure Nervenspannung, die ständige, jägerartige Wachsamkeit vorüber waren, konnte der Doktor auch ein wenig an seine eigenen Angelegenheiten denken. Er erinnerte sich unwillkürlich wieder jenes Briefes, den er in Berlin empfangen hatte und der ihn, wie er sich mit einer gewissen Selbstgefälligkeit gefand, nicht unrichtig als die Königin im Schachspiel bezeichnete. Er rang ihm noch in den Ohren, der schneidende Warnungsruf jenes Briefes: „Schach der Königin!“ Und es war durchaus nicht gelagt, daß nunmehr ein Schlag gegen ihn vorbereitet werden würde. Selbstverständlich wußten die Gegner ganz genau, daß der Urheber der Gefangennahme Nabaschbas kein anderer war, als der geniale Breitshwert, denn kein Mensch wäre darauf gekommen, eine Durchsuchung der Wohnungen der zum Handluch zugelassenen Damen vorzunehmen, zumal die Empfehlungen, die Nabaschba hatte, von einer russischen Fürstlichkeit herrührten, deren Einverständnis mit den Nihilisten noch nicht vollständig kündigt war.

Es hatte sie auch die erschreckende Kunde getroffen, daß diese Fürstlichkeit in Petersburg bereits verhaftet und somit das Haupt der ganzen nihilistischen Verschwörung abgeschlagen war.

Ungarn.

Budapest, 1. Juli. Das ungarische Pressbüro meldet, daß Bela Kun seit Freitag nicht mehr gesehen worden ist; er befürchtet ein Attentat auf seine Person. Am Samstag gab ein Roter Gardist auf die Fenster von Bela Kun Wohnung mehrere Revolvergeschosse ab, ohne jemanden zu verletzen.

Schweden.

Stockholm, 28. Juni. Laut Svenska Dagbladet hat die Abstimmung auf den Ålandsinseln zu folgendem Ergebnis geführt: 94,4 v. H. der männlichen Bevölkerung stimmten für den Anschluß an Schweden. Die schwedische Presse fordert unter Hinweis darauf, daß dies die erdrückende Mehrheit darstelle, erneut, daß der Wunsch der aländischen Bevölkerung erfüllt werde.

Die Lage im Osten.

Kowno, 25. Juni. Am 20. Juni sind etwa 50 bis 60 Spartakiden von Hamburg auf ungeklärte Weise nach Schaulen gekommen. Von den Truppen der Brigade Schaulen haben sich ihnen ungefähr 24 Mann angeschlossen. Die Spartakiden haben am Abend des 20. Junis das Gefängnis in Schaulen gestürmt, 73 deutsche und litauische Gefangene befreit, sich des Munitions- und Gewehrdepots bemächtigt, den deutschen Posten des Depots erschossen, einen Angriff auf die litauische Kaserne gemacht, bei dem die Litauer acht Tote und etwa 30 Verwundete hatten, und sich sodann zerstreut. Maßnahmen zu ihrer Ergreifung sind im Gange. Die Verluste der Spartakiden betragen fünf Tote und mehrere Verwundete.

Die besetzten Gebiete.

Berlin, 30. Juni. Die durch den automatischen Abbruch des Waffenstillstandes von besonderer Bedeutung gewordene Frage des Verkehrs zwischen dem besetzten und unbefetzten Gebiet wurde kürzlich deutscherseits bei der französischen Mission in Spa zur Sprache gebracht. Der französische Stabschef erklärte: „Es seien für die nächste Zeit weitgehende Verkehrserleichterungen in Aussicht genommen, doch sei eine Entscheidung bisher noch nicht gefaßt. Der Verband werde sicher bereit sein, a) mittlere Reisen ins besetzte Gebiet, die bisher großen Schwierigkeiten unterlagen, nach Möglichkeit zu erleichtern. Man müsse aber von alliierter Seite unterrichtet sein, welche Personen von der deutschen Regierung in das besetzte Gebiet entsandt werden. Um jedoch eine beschleunigte Bahnerteilung zu ermöglichen, beabsichtigt man, die von der deutschen Regierung ausgeführten Pässe an General Dupont in Berlin richten zu lassen, der von den alliierten Regierungen bevollmächtigt werden soll, sie zu prüfen und zu differenzieren. Eine ähnliche Reglementierung soll bei der französischen Kommission in Frankfurt—Wiesbaden eingerichtet werden. Die Pässe für alliierte Angehörige, die nach dem nichtbesetzten Deutschland einreisen wollen, sollen entsprechend von der deutschen Kommission in Versailles bezw. von der deutschen diplomatischen Vertretung in Paris visiert werden.“

Erdbeben.

Ein schweres Erdbeben in Italien. Toskana wurde, wie der Schweizerische Pressegraph meldet, am Sonntag von einem schweren Erdbeben heimgesucht. In den verschiedenen Gegenden wurden den ganzen Tag nicht weniger als 15 Erdstöße verspürt. Fernspreche- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen, so daß nur vereinzelte Mitteilungen über den angerichteten Schaden eintreffen. Am schwersten scheinen die Provinzen Florenz, Siena und Arezzo betroffen worden zu sein. Es wurden bis jetzt ungefähr 100 Tote und einige hundert Verwundete gemeldet.

Nun wußte Breitshwert, daß die deutschen Anarchisten, die den Kampf gegen Rechenbach und ihn führten, keineswegs unter allen Umständen mit den russischen Nihilisten sympathisierten, jedoch in Bezug auf den Standpunkt auf den propagandistischen Mord ganz einer Meinung seien und daß eine Verbrüderung aller dieser Elemente, ob sie sich nun Nihilisten oder irische revolutionäre Brüderlichkeit oder Anarchisten nannten, durchaus nicht im Bereich der Unmöglichkeit lag. Eine Anarchistenradikalität also für die Vernichtung eines Nihilisten konnte unter Umständen angenommen werden.

Während Breitshwert noch behaglich mit seiner schwarzen Zigarre das elegante Zimmer, das er im großherzoglichen Schloß bewohnte, mit dichten Qualm erfüllte, wurde ihm ein Brief gebracht, der über Frankfurt und Berlin sein Ziel erreicht hatte. Er öffnete ihn und las:

Lieber Breitshwert!

„Sie haben gewünscht, daß wir Ihnen über alles, was sich in unserem einsamen Erdwinkel ereignet, genau berichten sollen. Wenn Sie zunächst gestatten, daß ich von mir selbst rede, so kann ich Sie versichern, ich fühle mich hier überaus wohl. Hat man sich erst an die düstere Einsamkeit des Teufelsgrundes gewöhnt, so gewinnt das Auge allmählich auch Sinn für die großen gewaltigen Naturschönheiten und die tiefe Ruhe, die Abwesenheit aller Menschen legt sich wie ein süßes Schlafmittel auf die Nerven von uns geistig arbeitenden Großstadtmenschen. Gleich im Anfang meines Schreibens muß ich mich Ihnen gegenüber meiner Sünde schuldig sprechen. Sie hatten mir verboten, allein in den Wald zu gehen und ich habe in den ersten Tagen auch dies Verbot getreulich wahrgenommen. Der brave Förster begleitete mich stets, wenn ich einen Waldhaken schießen wollte, oder auf Birk- und Haselhühner buschierte. Mit der Zeit aber, besonders da ich bemerkte, daß uns auf unseren langen Jagdausflügen kein Mensch begegnete, nicht einmal ein Weib, das die zahlreichen Weibchen abspäht, und da der Förster gelegentlich durch Arbeiten aus Haus geholt ist, so ging ich schließlich allein. Sie werden fragen, warum der treue Kluge mich nicht begleitet und ich habe darauf die einzige Antwort: der treue Kluge ist krank. Eine ganz eigentümliche Krankheit, die sich in einer tiefen Erschlaffung äußert, einem Nismus an allem Bestehenden und einer großen Schwäche, so daß ihm die Glieder schon nach wenigen Minuten den Dienst verlagern. Ich bin vollständig ratlos. Auch unser biederer Landdokter zuckt die Achseln, experimentiert die Rezeptkale herunter und herauf, ohne dem Kranken irgend welche Linderung verschaffen zu können. Ich muß ihn deshalb der

Neues aus aller Welt.

Köln, 30. Juni. Reicher Fischfang steht nach dem Angaben großer Seefischhandlungen, die ihre früheren Geschäftverbindungen wieder aufnehmen suchen, in Aussicht. Die Freigabe des Fischhandels ist, wie sie mittlerweile in aller Kürze wieder zu erwarten. Sie geben an, daß sie infolge des durch das jahrelange Nichtfangen zu erwartenden Überschusses in der Lage sind, den höchsten Anforderungen zu genügen.

Zulburg, 27. Juni. Im Kampf mit einem Polizeibeamten wurde ein Monteur, der in eine Fabrik eindringen wollte, erschossen. Der Beamte handelte in Notwehr.

Gummersbach, 28. Juni. Bürgermeister Reiter von Rimbrecht ist auf der Jagd von einem Wilderer erschossen worden.

Dillingen, 30. Juni. In ein hiesiges Goldwaren- und Uhrengeschäft brachen nachts Diebe ein und stahlen für 40 000 Mark Waren. Der Einbruch wurde auf äußerst schlaue Art ausgeführt.

Heiden, 26. Juni. Ein Kassenwagen wurde vorgestern mittags 1 Uhr wurde auf der Straße nach Vörsig-Weil von 6—8 Banditen der Kassenwagen der Vörsigwerke überfallen. Die Banditen raubten einen Betrag von 1,25 Millionen Mark, die für die heutigen Lohnzwecke bestimmt waren. Zwei Beamte, die sich im Wagen befanden, wurden überbältigt, einer durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Die Räuber entkamen mit der Beute in dem nahen Walde. Die Polizei und das Militär haben die Verfolgung aufgenommen. Wie bisher zu erfahren war, handelt es sich offenbar um Mitglieder der bolschewistischen Einbrecherbande.

Aus Provinz und Nachbargebieten

! Für Kriegsbeschädigte. Die allseits bekannte Vereinigung Kriegsbeschädigter Oberlahnsteins hat neuerdings ihren Namen geändert und bezeichnet sich als wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen der Kreise St. Goarshausen, Unterlahn und Unterwiesenthal. In dem die Notwendigkeit der Organisation von allen Kriegsbeschädigten erkannt wird, hat die genannte Vereinigung einen starken Zuzug zu verzeichnen. Auf wirtschaftlichem Gebiet wird die Vereinigung noch eine bedeutende Rolle spielen, hat doch die berechnete Forderung auf wirtschaftliche und soziale Sicherstellung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen bestimmt Einfluß und Wirkung auf die Kommunal- und Kreisbehörden.

! Frankfurt a. M., 28. Juni. Im Einverständnis mit den zuständigen Behörden beschlagnahmte gestern früh der hiesige Arbeiterrat bei allen Großhändlern in der Markthalle die kirchlichen und brachte sie durch die hiesige Verkaufsstelle für 1,40 Mark das Fund zum Verkauf. Selbstverständlich verschwanden wie mit Zauberstab in sämtlichen Läden und an allen offenen Straßenverkaufsstellen die Kirchen, wobei in der ganzen Stadt nicht eine einzige mehr zu haben ist. Es wurden ferner folgende Kleinhandelspreise festgesetzt: Stachelbeeren 1,20 Mark, Himbeeren und Heidelbeeren 2,50 Mark, Erdbeeren 2,60 Mark.

! Von der Nahe, 28. Juni. Der Rebenstand ist günstig. Man darf mit einem raschen Verlauf der Blüte rechnen, besonders dann, wenn kein anhaltender Regen eintritt. Heumurmel ist wohl vorhanden, doch ist er nicht sehr stark. Die Spritze gegen die Peronospora wurde aufgenommen und in den meisten Gemarkungen bereits durchgeführt. Das freihändige Weingehalt zeigt sich in den meisten Gemeinden ziemlich ruhig, und Verkäufe kommen eigentlich nur stellenweise zustande. Dabei werden die bekannten hohen Preise bezahlt.

! Gelnhausen, 25. Juni. Die der evangelischen Kirchenverwaltung gehörenden Waldstücke sind im Zeitraum von zwei Monaten durch Diebe bis zur Hälfte vernichtet worden. Alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Diebereien blieben zwecklos.

! Frankfurt a. M., 27. Juni. Für mehr als 100 000 Mark Bett- und Leibwäsche wurde am Donnerstag in einem

treuen Pflege eines sehr hübschen Mädchens überlassen, das sich seiner mit rührender Sorgfalt annimmt. Schließlich aber wird es auch diesem netten Dinge zu viel, denn wie mir scheint, hat sie sich neuerdings einen Schach zugelegt, der irgendwo in einem benachbarten Dorfe wohnen muß und Sie wissen ja, daß es keine größere Anziehungskraft für ein junges Mädchen gibt, als einen jungen Mann.

Breitshwert hielt einen Augenblick inne und sann nach. Sein treuer Kluge, dieser Ausbund von Gesundheit und Schwand wie ein Schattenschein in der prächtigen Luft des Hochsefferts, bei der guten Pflege des Försters und trotz der Aufopferung des schönen Dienstmädchens. . . Ei, das schöne Dienstmädchen! Weibchen immer am schnellsten zugänglich für die Ideen der Anarchisten, Weibchen können mit Redensarten so dumm gemacht werden von ihrem Liebhaber, daß sie einem anderen ein Pulverchen in die Suppe mischen. Aber warum richtete sich die Tätigkeit gegen Kluge, wenn sie sich mit derselben Leichtigkeit gegen Rechenbach richten konnte, warum? Dahinter steckte ein Geheimnis. Wollte man zuerst den Beschützer abtun und dann den Staatsanwalt? Natürlich, der Staatsanwalt sollte in offenem Anfall umkommen, das war das propagandistische Moment in dem Mord und Kluge mußte beiseite geschafft werden, damit die Tat sicher gelänge. Wahrscheinlich hatte die Gruppe nicht viel Leute zur Verfügung.

Aber um welche Gruppe mochte es sich handeln? Ei, nun war er schon seit einigen Tagen im Besitz des Schlüssels der Geheimnisse, den man in dem Portefeuille der verhafteten Nabaschba gefunden hatte, und noch kein Versuch, die dreieckigen Kartonsstücke zu dechiffrieren, war von ihm gemacht worden. Daran wollte er doch gleich gehen. . . Zunächst aber einmal weiterlesen, was der gute Rechenbach zu berichten hatte.

„Ich mache mir tatsächlich Sorge, lieber Doktor, um Kluges Gesundheit und ich werde nur noch ganz kurze Zeit zuwarten, um dann einen hervorragenden Arzt aus Frankfurt kommen zu lassen. Das bedeutendste Ereignis in unserem stillen Leben ist ein Zuwachs an Menschenmaterial. Sie können sich denken, daß wir gerade darauf ein besonderes Augenmerk richten. Leider liegt nun Kluge krank darnieder, Ihrem Wunsch gemäß darf der Förster nicht eingeweiht werden und so bleibt mir nichts anderes übrig, als mit größter Vorsicht den zugereisten Eisenarbeiter zu beobachten. Er hat sich unter seltsamen Umständen auf dem Höllehammer angefangen. Halb verhungert und verkommen wurde er eines Morgens auf der Treppe der Direktorialwohnung sitzend, von dem libianens sehr liebens-

im oberen Stadtheil zu vermieten.
Näheres [153]
Victoriaallee 5, Ems